



## **Umfrage zum Bedarf einer verbesserten Bewertung des Nitratabbaus im Grundwasserleiter**

Die Stickstoffbelastung von Grundwasser und Oberflächengewässern in Niedersachsen ist seit langem ein zentrales Thema der Wasserwirtschaft. Der jährliche Stickstoffüberschuss der landwirtschaftlichen Nutzflächen in Niedersachsen kann mit etwa 240.000 t bezogen auf 2,47 Mio. ha abgeschätzt werden. Etwa 50 % des Stickstoffüberschusses wird durch Denitrifikation abgebaut. Die Denitrifikation ist damit der wesentliche Prozess, der dafür sorgt, dass das zur Trinkwassergewinnung genutzte Grundwasser in gefährdeten Gebieten ohne technische Maßnahmen zur Nitrateliminierung der Trinkwasserverordnung entspricht. In vielen Trinkwassergewinnungsgebieten ist aufgrund des denitrifikativen Nitratabbaus im Grundwasserleiter eine Bewertung der tatsächlichen Nitratimmissionen anhand der üblichen hydrochemischen Untersuchungsparameter nicht möglich. Daher wird derzeit im Rahmen eines Modell- und Pilotvorhabens eine entsprechende Methode getestet. Projektnehmer des Modell- und Pilotvorhabens ist der Wasserverband Garbsen-Neustadt am Rübenberge. Die Projektdurchführung erfolgt durch das Büro Geries Ingenieure GmbH. Kooperationspartner sind die Universität Göttingen, das von Thünen Institut, das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie und die LSW LandE-Stadtwerke Wolfsburg GmbH & Co. KG. Über das Projekt und die Methode wurde bereits beim Grundwasserworkshop 2010 des NLWKN berichtet. Ein Ziel des Projektes ist die Einführung der Methode in der wasserwirtschaftlichen Praxis. Um den Bedarf für derartige Untersuchungen bei den Wasserversorgungsunternehmen im Land Niedersachsen einschätzen zu können, wurde eine Fragebogenaktion gestartet, die unter <http://www.geries.de/N2ar/> zur Verfügung steht. Interessierte Wasserversorger können unter diesem Link nähere Informationen zum Projekt finden und sich an der Fragebogenaktion beteiligen.

## **Umstrittene Bohrungen zur Förderung von Shale Gas**

Um bis zu 2 Millionen Euro dürfen die in Niedersachsen tätigen Gasförderunternehmen ihre Gas- und Ölförderabgabe bei jeder nicht erfolgreichen Aufschluss- oder Teilfeldsuchbohrung verringern. So sieht es § 23 der Niedersächsischen Verordnung über die Feldes- und Förderabgabe vom 10. Dezember 2010 vor. Die Vorgängerverordnung vom 14. Dezember 2005 sah eine solche Regelung nicht vor. Ebenfalls neu ist die Regelung gemäß § 14 Abs. 5 der Verordnung vom 10. Dezember 2010, die Folgendes beinhaltet: „Vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 wird auf Naturgas,

das aus Tonsteinen gefördert wird, in denen es sich gebildet hat, keine Förderabgabe erhoben.“ Damit wird genau jenes sogenannte Shale Gas, das in der vom Umweltbundesamt im August 2011 veröffentlichten „Einschätzung der Schiefergasförderung in Deutschland“ unter Umweltsichtspunkten besonders kritisch betrachtet Fracking-Methode gefördert wird, von der Förderabgabe befreit.

In seiner Antwort auf eine diesbezügliche mündliche Anfrage der **Abgeordneten Stefan Wenzel und Hans-Jürgen Klein (GRÜNE)** im Landtag weist der nds. Wirtschaftsminister Bode darauf hin, dass die zum 1. Januar 2011 in Kraft getretenen Regelungen zur Befreiung der Förderabgabe bei Erdgasförderung aus Tonsteinen sowie zur Anrechenbarkeit von Kosten für wirtschaftlich nicht fründige Explorationsbohrungen auf die Förderabgabebzahlungen einen Anreiz für die Unternehmen in Niedersachsen schaffen soll, auch nach schwierig zu erreichenden neuen Erdgaslagerstätten zu suchen. Die Befreiungstatbestände dienen laut Bode der Sicherung der Rohstoffversorgung Deutschlands, dem Erhalt von Arbeitsplätzen in Niedersachsen, der Verbesserung der Lagerstättenausnutzung sowie dem Schutz sonstiger volkswirtschaftlicher Belange.

Der WVT hat sich zu dieser Thematik mit Stellungnahmen intensiv in die Diskussion eingebracht, da große Gefahren für die Trinkwasserressource befürchtet werden. Umweltbeeinträchtigungen während der Vorbereitungsphase, der Bohrungsphase, während des Einbringens der wässrigen Flüssigkeit unter Verwendung vielfältiger Chemikalien sowie während und nach des Betriebs können auch bei Einhaltung hoher Sicherheitsstandards nicht sicher ausgeschlossen werden. Der WVT begrüßt insofern ausdrücklich, dass die Sorgen der Wasserwirtschaft vom Umweltbundesamt (UBA) in einer entsprechenden Stellungnahme geteilt werden. In Frankreich wurde aufgrund der Gefahren bereits Mitte Mai Fracking komplett verboten, im Nachbarland Nordrhein-Westfalen werden zumindest inzwischen wasserrechtliche Genehmigungen und das Einvernehmen mit Wasserbehörde und Wasserversorger gefordert. Unklar ist daher, warum sich die niedersächsische Landesregierung zwar zum Thema CCS klar im Sinne des Ressourcenschutzes positioniert, sich beim Thema Fracking (das letztlich sehr ähnliche Probleme aufweist) jedoch nach wie vor Befürworter für die umstrittenen Bohrungen einsetzen.

## **MdL und Verbandsvorsteher Reinhold Coenen verstorben**

Mit tiefer Betroffenheit hat der Wasserverbandstag erfahren, dass der Landtagsabgeordnete und Verbandsvorsteher des Wasserverband Bersenbrück, Herr Reinhold Coenen, im Alter von 69 Jahren nach einer kurzen, aber schweren Erkrankung verstorben ist. Herr Reinhold Coenen lenkte seit 1998 als Verbandsvorsteher den Wasserverband Bersenbrück mit großem persönlichem Engagement und Erfolg. In dieser Funktion war er zudem Mitglied des Ausschuss im Wasserverbandstag sowie stellvertretendes Vorstandsmitglied. Herr Coenen hat sich mit großem Engagement für die Wasserwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raumes eingesetzt. Der Wasserverbandstag ist Herrn Coenen zu großem Dank verpflichtet und wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Den Angehörigen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verbandes sprechen wir unser herzliches Beileid aus.